

**2622/AB**  
**vom 24.09.2025 zu 3095/J (XXVIII. GP)**  
**Bundesministerium bmwet.gv.at**  
**Wirtschaft, Energie**  
**und Tourismus**

**Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer**  
 Bundesminister

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Dr. Walter Rosenkranz  
 Parlament  
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.595.252

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3095/J-NR/2025

Wien, am 24. September 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Leonore Gewessler, BA und weitere haben am 24.07.2025 unter der **Nr. 3095/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Ende von Gasimporten aus Russland** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 2e**

- *Unterstützen Sie den Legislativvorschlag der EU-Kommission im EU-Rat?*
  - *Wenn nein, welche Punkte/Artikel im Kommissionsvorschlag werden von der österreichischen Regierung abgelehnt und welche konkreten Alternativvorschläge bringen Sie zu welchen konkreten Artikeln im Legislativvorschlag ein?*
  - *Wann und wie wurde/wird die österreichische Position zum Legislativvorschlag der EU-Kommission mit den Koalitionspartnern abgestimmt?*
  - *Wann und wie wurde/wird die österreichische Position mit den Koalitionspartnern abgestimmt?*

Seit der Veröffentlichung des betreffenden Legislativvorschlages fand keine Tagung des EU-Rates "Verkehr, Telekommunikation und Energie - Teil Energie" statt. Ebenso fand seither keine Behandlung im Ausschuss der ständigen Vertreter statt. In den Sitzungen der

Ratsarbeitsgruppe Energie wurden die Bestrebungen, die europäische Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen zu beenden, grundsätzlich unterstützt.

Nach einer schriftlichen Konsultation mit den relevanten Ressorts und Stakeholdern läuft derzeit die Abstimmung der österreichischen Position.

### **Zu den Fragen 2, 2a bis 2d**

- *Was genau ist die österreichische Position zum Import von russischem Gas?*
  - *Vertreten Sie in den EU-Ratsarbeitsgruppen und im Rat die Position, dass Österreich russisches Gas importieren soll, für den Fall, dass der russische Angriffskrieg in der Ukraine beendet wird (Quelle: <https://orf.at/stories/3397009/>)?*
  - *Vertreten Sie in den EU-Ratsarbeitsgruppen und im Rat die Position, dass Österreich russisches Gas importieren soll, für den Fall, dass Wladimir Putin kein hohes politisches Amt mehr in Russland innehat (Quelle: <https://www.derstandard.at/story/3000000275571/kanzler-stocker-zu-gas-aus-russland-potenziale-fuer-die-zeit-nach-putin-nicht-verbauen>)?*
  - *Vertreten Sie in den EU-Ratsarbeitsgruppen und im Rat die Position, dass Österreich russisches Gas importieren soll, für den Fall, dass Russland sich "zu einer liberalen Demokratie entwickelt" (Protokoll: [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIIIN/2/fname\\_1687582.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIIIN/2/fname_1687582.pdf))? Anhand welcher Kriterien soll das bewertet werden? Wer soll diese Bewertung vornehmen?*
  - *Vertreten Sie eine andere Position? Wenn ja, welche?*
  - *Wann und wie wurde/wird die österreichische Position mit den Koalitionspartnern abgestimmt?*

Österreich verurteilt die völkerrechtswidrige Aggression der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine mit Nachdruck und hat die bisher beschlossenen EU-Sanktionen stets unterstützt. Die Haltung unmissverständliche Haltung Österreichs an der Seite von Russland ist klar. Dies wurde auch in den zitierten EU-Ratsarbeitsgruppen und im Rat so kommuniziert.

Österreich hat sich bereits von russischen Gasimporten unabhängig gemacht und mit Hochdruck an der Diversifizierung von Importen gearbeitet. Entsprechende Gaslieferverträge mit Russland wurden gekündigt.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Energiekrise haben die Gefahr einer einseitigen Abhängigkeit einzelner Märkte oder Energiequellen aufgezeigt. Russland ist kein verlässlicher Energielieferant und hat Gaslieferungen in den letzten 20 Jahren (2006, 2009, 2014 und seit 2022) immer wieder als politisches Druckmittel eingesetzt. Plötzliche Lieferunterbrechungen seitens Russlands führten in der EU zu Preis sprüngen und Versorgungsproblemen. Durch einen vorausschauenden, gut geplanten und koordinierten Ausstieg aus den unberechenbaren Gaslieferungen aus Russland würde die europäische Abhängigkeit von Russland beendet und somit die Anfälligkeit der EU gegenüber plötzlichen Lieferkürzungen seitens Russlands minimiert werden.

Wie in der Antwort von Frage 1 ausgeführt, fand noch keine Behandlung des Legislativvorschages in den genannten Gremien statt.

#### **Zur Frage 3**

- *Welche Schritte planen Sie, um die österreichischen Gasimporte global zu diversifizieren?*

Die europäischen Länder arbeiten - aus genannten Gründen - seit 2022 intensiv daran, Gasimporte zu diversifizieren. Seit 1.1.2025 ist die Gasversorgung Österreichs deutlich diversifizierter als zuvor, insbesondere erfolgt der Import verstärkt aus Ländern wie Deutschland oder Italien bzw. werden auch heimische Gasspeicher verstärkt genutzt. Anhand der verfügbaren Daten insbesondere gemäß Artikel 14 Abs. 6 der Verordnung (EU) 2017/1938 wird regelmäßig die Situation der Gasversorgungssicherheit beurteilt. Ziel der Bundesregierung ist es, Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ohne dabei einseitige Abhängigkeiten zu begründen.

#### **Zur Frage 4**

- *Ist es möglich, dass aktuell russisches Gas über die sogenannte "Schattenflotte" nach Österreich gelangt? Wenn ja, welche Maßnahmen werden gesetzt, um das zu verhindern?*

Zielmärkte der russischen Liquefied Natural Gas (LNG)-Schattenflotte liegen überwiegend in Asien und nicht in Europa. Zahlreiche LNG-Tanker, die der russischen Schattenflotte zugerechnet werden, finden sich auf der insgesamt 342 Schiffe umfassenden Liste des Beschlusses (GASP) 2025/931 des Rates vom 20. Mai 2025. Diese Schiffe dürfen keine EU-Häfen anlaufen.

## Zu den Fragen 5 und 6

- *Die Klimaneutralität Österreichs bis 2040 ist im Regierungsprogramm festgehalten.*
  - *Welche Transformationspläne verfolgt die Regierung, die ermöglichen, dass Österreich die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten in den Sektoren Gebäude, Industrie, Verkehr, Stromerzeugung reduziert und so weit als möglich ganz beendet.*
  - *Wird die Regierung die an die EU-Kommission übermittelten Maßnahmen im Nationalen Energie- und Klimaplan, die die Abhängigkeit von Öl und Gasimporten reduzieren, umsetzen? Wenn nein, welche Änderungen sind geplant?*
- *Welche der Maßnahmen aus dem Szenario Energie- und Treibhausgas-Szenario Transition 2040 des Umweltbundesamts plant die Bundesregierung umzusetzen, um den Anteil fossiler Energien und deren Importe nach Österreich bis 2040 zu reduzieren?*

Die im Regierungsprogramm enthaltenen Leuchtturmgesetze der Energiewende dienen dazu, die Energiewende voranzutreiben, Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten weiter zu reduzieren und das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

Das geplante Elektrizitätswirtschaftsgesetz sowie das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz sollen zu einem moderneren Energiesystem mit Fokus auf Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähige Energiepreise und den Ausbau der Erneuerbaren Energieerzeugung beitragen. Dadurch sollen die Strompreise günstiger und die Elektrifizierung in allen Sektoren attraktiver werden. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sinkt dadurch.

Derzeit befindet sich, wie auch im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehen, ein "EGG neu" zur Förderung von Biomethan über ein Marktprämienmodell in Ausarbeitung. Dieses Modell würde, analog zum Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz für erneuerbaren Strom, grundsätzlich auf Basis eines Ausgleichs der Differenz zwischen Gestehungskosten und Marktpreisen ausgestaltet sein.

## H2-Hochlauf im Inland und H2-Infrastruktur

Über eine Wasserstoff-Importstrategie samt zugehöriger Verordnung soll Österreich zudem zur Wasserstoff-Drehscheibe entwickelt werden. Der Hochlauf von Wasserstoff ist ein entscheidender Hebel für die Dekarbonisierung energieintensiver Sektoren, reduziert die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und schafft neue wirtschaftliche Chancen durch Innovation und Beschäftigung. Das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) arbeitet intensiv am Hochlauf eines Wasserstoffmarkts in Österreich und setzt Maßnahmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Entsprechend der Vorgaben aus dem Regierungsprogramm 2025 soll auf Basis der Wasserstoffstrategie für Österreich eine Importstrategie für Wasserstoff erstellt werden. Diese soll insbesondere eine Maßnahmensammlung zur Etablierung wichtiger Importkorridore und Partnerschaften enthalten. Ebenfalls wird ein Instrumentenmix vorbereitet, zur Minimierung von Haftungs- und Ausfallrisiken für Importe und zur Reduktion von Finanzierungskosten.

## Förderprogramm "Transformation der Industrie"

Das Förderprogramm zur Transformation der Industrie unterstützt im Rahmen des Umweltförderungsgesetzes die größtmögliche Reduktion von Treibhausgasemissionen, um so zur langfristigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Österreich sowie zur Erreichung der Klimaziele Österreichs beizutragen. Dabei dürfen ausschließlich erneuerbare Energieträger eingesetzt werden. Der Einsatz von fossilen Energieträgern wird reduziert.

Bereits in den Jahren 2023 und 2024 konnten mit erfolgreich durchgeführten Ausschreibungen 13 österreichische Dekarbonisierungsprojekte mit jährlichen Treibhausgaseinsparungen in Höhe von rund 2,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten unterstützt werden. Von 2025 bis 2030 sind jeweils jährliche Ausschreibungen zum Investitionszuschuss (Unterstützung von Investitionskosten) und zum Transformationszuschuss (Unterstützung von laufenden Kosten im Zusammenhang mit Investitionskosten), je nach Bedarf und bestehender Projektpipeline, geplant. Eine Ausschreibung zur Unterstützung von Investitionskosten ("Investitionszuschuss") iHv € 100 Mio. läuft noch bis 2. Oktober 2025. Die Ergebnisse der 2025 durchgeführten Ausschreibung zum Transformationszuschuss werden im Herbst 2025 veröffentlicht.

Mit allen genannten Maßnahmen greift die Bundesregierung die Kernempfehlungen des Szenarios "Transition 2040" des Umweltbundesamts auf: Ausbau erneuerbarer Energien,

Elektrifizierung, heimische Alternativen zu Importen (Biomethan, Wasserstoff) und tiefgreifende Dekarbonisierung der Industrie.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

